

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Milena Koch

Denguefieber breitet sich aus

In Sri Lanka steigt die Anzahl an Denguefieber-Erkrankungen. Laut dem Gesundheitsministerium haben sich bereits über 114.000 Menschen mit dem Dengue-Virus infiziert. Mindestens 315 Todesfälle wurden den Behörden gemeldet. Das Rote Kreuz teilte mit, es sei der schlimmste Ausbruch der Krankheit, der in Sri Lanka jemals erfasst worden sei. Die Infektionen mit dem Virus haben sich demnach verdoppelt, die Anzahl der Toten sogar verdreifacht. Viele Krankenhäuser sind überfüllt. Gesundheitsminister Rahita Senarathne bat um Hilfe. „Wir brauchen die Mitarbeit der Öffentlichkeit, um die Ausbreitung von Dengue unter Kontrolle zu bringen“, teilte er Ende Juli mit. Das Denguefieber wird von tagaktiven Stechmücken übertragen und äußert sich häufig durch grippeähnliche Symptome, die in schweren Fällen zu Gefäßschäden, inneren Blutungen und Organversagen führen können. Bisher gibt es keinen Impfstoff gegen die Virusinfektion. Patienten werden derzeit mit fiebersenkenden Mitteln behandelt. Die Regierung ist um die Eindämmung der Krankheit bemüht. Polizisten und Soldaten gehen von Haus zu Haus und versuchen die Brutstätten der Mücken zu beseitigen. Wird auf den Grundstücken stehendes Wasser entdeckt, das als Brutstätte der Mücken gilt, müssen die Grundstücksbewohner eine Strafe entrichten. Ab Oktober beginnt die zweite jährliche Monsunzeit, bei der mit weiteren Ausbrüchen zu rechnen ist. Derzeit ist die Westprovinz, die Region um die Hauptstadt Colombo, am stärksten betroffen.

Tamilische Partei wartet auf Regierungszusammenarbeit

Sri Lankas wichtigste tamilische Partei, die *Tamil National Alliance* (TNA), wartet darauf, mit der sri-lankischen Regierung zusammenzuarbeiten. Das teilte der Oppositionsführer R. Sampanthan im Juli einem Besuchsteam der Vereinten Nationen mit. Die Zusammenarbeit soll die Probleme der Tamilen in Sri Lanka nachhaltig lösen. In dem Gespräch teilte Sampanthan aber auch mit, dass die TNA nicht unendlich lange auf Kooperationsangebote warten könne und forderte die Regierung auf, endlich zu handeln. Laut Sampanthan bestehe die Forderung der Tamilen nicht in einer Teilung des Landes, sondern vielmehr darin, eine Lösung zu finden, die auf der Zustimmung

und dem Konsens der politischen Parteien und der Menschen beruhe. Während des Treffens äußerte Sampanthan jedoch seine Bedenken bezüglich einer Zusammenarbeit. Er betonte, dass die Regierung die vom Militär besetzten Ländereien an ihre rechtmäßigen tamilischen Besitzer zurückgeben müsse. „Es gibt keine Rechtfertigung für die Regierung, diesen Grund und Boden auch acht Jahre nach Kriegsende nicht freizugeben“, bemerkte er.

Kohleausbau gestoppt

Im August wurde bekannt, dass Sri Lanka bis mindestens 2037 keine neuen Kohlekraftwerke mehr bauen will. Sri Lanka geht damit über das im Rahmen des Pariser Klimaabkommens gemachte Versprechen hinaus, auf den Ausbau der Kohlekapazitäten bis 2030 zu verzichten. Die Regierung begründete ihre Entscheidung damit, dass Kohle mit zu hohen „externen Kosten“ einhergehe. Derzeit deckt Sri Lanka 40 Prozent seines Strombedarfs durch ein einziges Kohlekraftwerk. Der wachsende Energiebedarf des Inselstaates soll in Zukunft mit erneuerbaren Energien durch Wind-, Solar-, Wasserkraft- und Biomasse-Anlagen abgedeckt werden. Auch sollen in den nächsten 20 Jahren insgesamt 14 neue Gaskraftwerke gebaut werden.

Einrichtung des *Office of Missing Persons*

Der UN-Generalsekretär António Guterres gratulierte im Juli der sri-lankischen Regierung zur Gründung einer Behörde für vermisste Personen (*Office of Missing Persons*, OMP). Die Einrichtung des Amtes sei „ein wichtiger Schritt für alle Sri Lanker, die immer noch die Wahrheit über den Verbleib ihrer Angehörigen suchen“. Guterres betonte, dass die Vereinten Nationen bereitstünden, den Prozess zu unterstützen. Der stellvertretende Sprecher des Generalsekretärs, Farhan Haq, teilte in einer Stellungnahme mit, „der Generalsekretär freut sich darauf, dass das OMP sobald wie möglich in Betrieb genommen wird, beginnend mit der Ernennung unabhängiger Kommissare“. Seit vielen Jahren ist Sri Lankas bewaffneter Konflikt eine ernste internationale Besorgnis. Die Vereinten Nationen unterstützen politische Anstrengungen, um den Konflikt zu lösen und die Achtung der Menschenrechte seit dem Ende des Bürgerkrieges im Jahr 2009 zu wahren.

Außenminister zurückgetreten

Sri Lankas Außenminister Ravi Karunanayake hat aufgrund einer Finanzaffäre sein Amt niedergelegt. Seinen Rücktritt verkündete er am 10. August im Fernsehen. Aufgrund angeblicher Beziehungen zu einem Geschäftsmann, gegen den wegen zweifelhafter Geschäfte mit Staatsanleihen ermittelt wird, drohte Karunanayake ein Misstrauensvotum. Die Opposition hatte im Parlament zuvor gegen den ehemaligen Außenminister ein Misstrauensverfahren aufgrund von Interessenskonflikten eingeleitet. Karunanayake stritt den Vorwurf jedoch ab. Es ist wahrscheinlich, dass er auf Druck der Regierung zurückgetreten ist, denn Präsident Maithripala Sirisena hatte bei seinem Amtsantritt im Januar 2015 versprochen, die grassierende Korruption zu bekämpfen. Nachfolger von Karunanayake ist Tilak Marapana. Der ehemalige Generalstaatsanwalt wurde am 15. August als neuer Minister für Auswärtige Angelegenheiten vor dem Präsidenten vereidigt.

UN-Sonderberichterstatter: Folter durch Polizei ist an der Tagesordnung

Nach einem viertägigen Besuch in Sri Lanka erklärte ein unabhängiger UN-Menschenrechtsexperte im Juli, dass Folter von Gefangenen, die aus Sicherheitsgründen festgenommen wurden, Routine sei. Ben Emmerson, der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Terrorismusbekämpfung, fügte hinzu, dass die „routinemäßige und endemische“ Verwendung von Folter die tamilischen Gefangenen überproportional betreffen. Emmerson besuchte Sri Lanka mit Zustimmung der sri-lankischen Regierung, um die gesetzlichen, politischen und praktischen Fortschritte im Kampf gegen den Terrorismus seit Ende des bewaffneten Konfliktes im Jahr 2009 zu beurteilen. Dabei bekam der britische Anwalt Berichte über gewaltsame Folter aus erster Hand. Die körperlichen Misshandlungen umfassten „Stockschläge, Stress-Positionen, Erstickung mit in Kerosin-getränkten Plastiktüten, das Herausziehen von Fingernägeln, Nadeln unter den Fingernägeln, verschiedene Formen der Wasserfolter, mehrstündige Aufhängung an den Daumen und Verstümmelung der Genitalien“. Emmerson teilte mit, dass 80 Prozent aller Verdächtigen, die nach der Anti-Terror-Gesetzgebung Ende 2016 verhaftet wurden, körperliche Misshandlungen gemeldet hätten. Er bezeichnete das Justizsystem und die Toleranz gegenüber Folter in Sri Lanka als einen „Fleck auf der internationalen Reputation des Landes“. Der Experte forderte die sofortige Freilassung von 81 Verdächtigen und kündigte einen baldigen Dialog mit der Regierung über die Missstände an.

Dürre vernichtet Ernte

Eine schwere Dürre, gefolgt von starken Regenfällen, hat in Sri Lanka die Ernte auf vielen Anbauflächen vernichtet. Einem am 5. August veröffentlichten Bericht der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen zufolge ist die Ernährungssicherheit von über 900.000 Menschen in Sri Lanka gefährdet. Die Dürreperioden im Jahr 2016 und Anfang 2017 haben zu weitverbreiteten Ernteaufschlägen geführt. Insbesondere die Reisfelder sind betroffen. Dem Bericht zufolge wird die Reisproduktion im Jahr 2017 um etwa 40 Prozent sinken. Auch andere Pflanzen, darunter verschiedene Hülsenfrüchte, Chilischoten und Zwiebeln, wurden stark beschädigt. Starke Regenfälle im Mai haben die Situation verstärkt. Um die Ernährungssituation der betroffenen Haushalte zu sichern, forderten die Vereinten Nationen eine dringende Bereitstellung von Saatgut sowie Pflanz- und Bewässerungsanlagen für die nächste Pflanzsaison von September bis Dezember 2017. Auch forderten sie für die am stärksten gefährdeten Familien eine Bargeldunterstützung, um eine hohe Verschuldung zu vermeiden. Bisher erscheint die Regierung ratlos im Hinblick darauf, wie sie auf die Krise reagieren soll. Die Armee verteilte Trinkwasser und Lebensmittelrationen in den am stärksten betroffenen 18 Distrikten.

Mönche widersetzen sich geplanter Verfassungsreform

Präsident Maithripala Sirisena versprach am 6. Juli, die buddhistischen Führer des Landes zum Thema Verfassungsreform zu konsultieren. Damit versucht Sirisena einem Wahlkampfversprechen gerecht zu werden, den Prozess der Versöhnung aller ethnischen Gruppen des Landes zu fördern. Die Pläne für eine neue Verfassung wurden von der internationalen Gemeinschaft begrüßt. Die buddhistischen Führer des Inselstaates widersetzen sich jedoch der Einführung einer neuen Verfassung, aus Angst, sie könnte ihren Einfluss schmälern. Etwa 70 Prozent der sri-lankischen Bevölkerung sind Buddhisten. Die singhalesischen Hardliner-Mönche teilten am 10. Juli erneut mit, sich der geplanten Verfassungsreform Sirisenas zu widersetzen. „Die Mönche gehen von Bezirk zu Bezirk, um ihre Anhänger über die Gefahren der vorgeschlagenen Verfassung aufzuklären“, teilte der radikale Mönch Maagalkande Sudaththa während einer Pressekonferenz in Colombo mit. Er drohte mit Straßenprotesten gegen die Entscheidung der Regierung.